

# Neue Umfrage bekräftigt Ja zum Burkaverbot

Eine deutliche Mehrheit befürwortet ein Verhüllungsverbot. 50 000 Personen haben die Initiative bereits unterschrieben.

VON YANNICK NOCK

Sollte es zu einer Abstimmung kommen, hätte ein Burkaverbot in der Schweiz wohl sehr gute Chancen: 60,7 Prozent der Stimmberechtigten befürworten laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der «Schweiz am Sonntag» ein landesweites Verhüllungsverbot (siehe Grafik). Mit knapp 70 Prozent lehnen vor allem die über 40-Jährigen eine Vollverschleierung ab. Einzig die 18- bis 29-Jährigen sind noch unentschieden. 1256 Personen nahmen an der Umfrage teil.

Die Ergebnisse untermauern frühere Resultate. Ende August sprachen sich gemäss «SonntagsZeitung» gar 71 Prozent für ein Verbot aus. Weniger eindeutig dürfte die Debatte im National-

rat verlaufen. «Das wird eine knappe Angelegenheit», sagt Walter Wobmann, SVP-Nationalrat und Verfasser der parlamentarischen Initiative für ein «Verbot der Verhüllung des eigenen Gesichts». Obwohl sich zuletzt einige SP-Regierungsräte für ein Verbot ausgesprochen haben, dürfte das Vorhaben kaum Zustimmung von linker Seite erhalten. Wobmann versucht deshalb seit Tagen, besonders seine bürgerlichen Kollegen zu überzeugen. Doch nicht überall kommen seine Argumente gut an. Einige sehen kein Sicherheitsrisiko in einer Vollverschleierung, andere argumentieren, dass die blaue Burka oder die schwarze Nikab ohnehin nur selten in der Schweiz vorkommen. Selbst im Tessin, wo seit Juli ein Verschleierungsverbot gilt, werden kaum Bussen ausgesprochen.

## Nicht in die Verfassung

«Die Umfragen zeigen, dass die Bürger keine Verschleierung in der Schweiz wollen», sagt Wobmann. Er hofft, dass die deutlichen Ergebnisse auch die Meinungen der Politiker beeinflussen. In

## Sind Sie für ein schweizweites Burkaverbot?



einem Punkt sind sich die meisten Nationalräte aber einig: Kleidungs Vorschriften gehören nicht in die Verfassung. Eine Burka müsste per Gesetzesartikel verboten werden. Der Nationalrat hätte eigentlich schon diese Woche darüber befinden sollen. Aus Zeitmangel wurde das Geschäft jedoch auf kommenden Mittwoch verschoben. Wenn es im Parlament nicht klappt, will Wobmann die Bevölkerung abstimmen lassen. Er hat bereits eine Volksinitiative lanciert und sammelt nun Unterschriften. 50 000 Personen hätten schon unterzeichnet.

Andere Länder sind bereits weiter. Als erstes EU-Land verbot Frankreich 2011 die Ganzkörperverschleierung. In Belgien und den Niederlanden drohen ebenfalls Strafen.

Die repräsentative Studie wurde zwischen dem 29. August und 7. September 2016 mittels Online-Befragung durchgeführt. Es nahmen 1256 stimmberechtigte Personen zwischen 18 und 65 Jahren aus der Deutsch- und Westschweiz daran teil. Verfasserin ist das auf Online-Markt- und Meinungsforschung spezialisierte Institut Marketagent.com Schweiz AG.